

Dresdener Nachrichten

Dresden-N. Dr. Kles' Diätetische Heilanstalt. Dresden-N. Bachstr. 8. Pür Magen-, Herz-, Unterleibs-, Nervenleiden, Näfteverderbniss, Frauen-Krankheiten etc. — Aerztliche Berathung und Untersuchung, ausser Sonntags, täglich Vormittags 9—10 Uhr.

Dresden, 1895.

Thüre zu!
Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser
Thürschliesser.
75,000 R. im Gebrauch.
Prospecte gratis u. franco.
Curt Heinius,
Königl. Meissn. Hofschloss,
Dresden-N.,
Kurfürstenstr., Ecke Tischstr.
(Fernsprechamt II, Nr. 2100.)

40. Jahrgang.

Chinawein,
appetitantes Stärkungsmittel für Reconvalenscenten.
1 Flasche 3 Mark, mit Eisen 1 Flasche 3 Mark 50 Pf.
Prompter Versandt nach auswärt.
Kgl. Hofapothek Dresden, Georgenthor.

MATTONI'S
GISSHÜBLER
Bestes Tisch- u. Erfrischungstrank.
Brewery bei Meissen, Halbesleben, Magdeburg, Eisenach, etc.
HEINRICH MATTONI
in Glesshübler-Pachstein b. Karlsruhe.
SAUERBRUNN

Tuchwaaren.
Deutsche und englische Tuche, Buckskins und Paletotstoffe in grossartiger Auswahl zu billigen Preisen.
Pörschel & Schneider, Scheffelstr. 19.
— Muster franco.

Regenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik C. A. Petschke, Wildruferstr. 17. Auenstr. 9 (Stadthaus).

Nr. 346. Spiegel: Bebel's friedfertige Sozialdemokratie. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Handwerksausstellung, Jubiläumconcert, Weihnachtsdienstag, Blindenmittell. „Das Glück im Winkel“, „Brave Lent" vom Grund. Mathematische Witterung: Freitag, 13. Dezbr. Trocken, Nachfröhl.

Politisches

Die „Eratsrede“ Bebel's, in der vom Etat überhaupt nicht die Rede war, spiegelt den nachhaltigen Eindruck wieder, den das verklärte Vorgehen gegen die Sozialdemokratie auf die Revolutionäre gemacht hat. Er sucht seine Partei als ein harmloses (schlimmendes Lamm hinzustellen, das schuldlos aberschlagen werde; die Sozialdemokratie, so behauptete er, sei eine Partei der Wähligung, der Ordnung und Gerechtigkeit. Nach seinen Versicherungen bestünden die Recepte, mit denen der schwerste gesellschaftliche Organismus geheilt werden soll, nur aus Mäxipan und Limonade. Jedes Mal, wenn sich die Umstürzler in ihren Agitationen zu maßlosen Ausschreitungen und zu leidenschaftlichen Ausbrüchen ihres unverkennlichen Hasses haben fortzuzieh lassen, dergestalt, daß die Wähligung einer verklärten Abwehr der revolutionären Gefahren nachgerufen werden muß, wenden die Führer die opportunistische Taktik an, ihre wahren Ziele zu verleugnen und dem Volke durch Behauptungen ihrer angeblichen Friedfertigkeit den Blick in die Augen zu streuen. Dieser heuchlerischen Taktik liegt offenbar die Furcht zu Grunde, daß die Gesetze rücksichtslos und in ihrer vollen Schärfe gegen die Sozialdemokratie angewendet werden könnten, oder daß es wohl zu einer eventuellen Ausnahmeregierung kommen könnte. Die Behauptung, daß eine energische Unterdrückung der unzufriedenlichen Agitationen nur dazu geeignet sei, die Ausbreitung der Sozialdemokratie zu fördern, ist eine leere Behauptung; denn wäre diese Behauptung gerechtfertigt, so würde es die Parteileitung der Sozialdemokratie heute nicht für notwendig erachten, abzuweichen, sondern sie würde bemüht sein, die eigene gegen Staat und Gesellschaft so lange fortzuführen, bis sich die Vertreter der bestehenden Ordnung zu durchgreifenden gesetzgeberischen Maßnahmen gegen den revolutionären Sozialismus entschließen. Aber das gerade stärksten Bebel und Genossen; nie haben sie sich woanders befunden, als in der „Ara Capitol“, wo ihnen mit dem Muthe der Raibfürgigkeit unbedenkliche Freiheit gewährt und sogar von dem obersten Leiter der Regierungspolitik das Prädikat „national“ zugesprochen wurde. In diese „Ara“ sehen sich die sozialdemokratischen Führer unter dem Druck der neuesten Maßregeln, die gegen ihre außerparlamentarische Organisation ergriffen worden sind, zurück, und darum vertritt Bebel am Mittwoch im Reichstage, die wahren Absichten seiner Partei zu verhillen.

Die Anschuldigungen Bebel's über den Charakter der sozialdemokratischen Bestrebungen sind ein neuer Beweis, daß unter den Wählern, welche die Umstürzler zur Erreichung ihrer letzten Ziele anzuwenden, die Mäße, die selbst vor dem Reineid nicht zurückzuckt, obenan steht. Bebel bekennt, daß jemals einer seiner Freunde den Satz ausgesprochen habe, das Vaterland sei ein kulturfeindlicher Begriff. Aus hundert von Neben sozialdemokratischen Führer ließe sich der Nachweis erbringen, daß diese es sich stets als eine Ehre angesehen haben, sich auf ihre Vaterlandslosigkeit, ihre Internationalität, ihre Reichthümlichkeit zu berufen. Es sei hier nur an einen Ausbruch Liebnicht's erinnert, der direkt das bezeugt, was Bebel bekennt. In seiner Schrift „Zu Schutz und Trutz“ schreibt der Freund Bebel's: „Das Wort „Vaterland“, das Ihr in Munde führt, hat keinen Zauber; Vaterland in Eurem Sinne ist ein überwundener Standpunkt, ein reaktionärer, kulturfeindlicher Begriff.“ Weiter hat Bebel zu behaupten gewagt, es sei thöricht, seiner Partei zu vertrauen, daß sie den Umsturz der Gesellschaft erstrebe, daß sie mit Gewalt die Durchführung ihrer Pläne erzwingen wolle. Selten wohl ist die politische Lüge und Unerndel so auf die Spitze getrieben worden wie durch diese Behauptungen. Die Sozialdemokratie ist revolutionär sowohl in ihrem ganzen politischen wie wirtschaftlichen Programm; denn weder Bebel noch irgend einer seiner zielbewußten Genossen haben jemals daran geglaubt, daß z. B. der Sturz der Monarchie und die Abschaffung des Privatbegriffs anders als durch eine gewaltthätige blutige Umwälzung herbeizuführen sind. Fast alle sozialdemokratischen Agitationen in der Presse, in den Versammlungen und im Parlamente athmen den Geist des tödtlichen Hasses gegen die Gesamtheit aller bestehenden Verhältnisse; die sozialdemokratischen Kongresse und Parteitage pflegen mit einem Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie geschlossen zu werden und es giebt nicht eine sozialdemokratische Autorität, die in ihren Reden und Schriften nicht Zeugnis abgelegt hätte, daß nur der gewaltthätige Umsturz zur Verwirklichung des Programms führen kann. Auf dem Haager Kongress 1872 hat Karl Marx bekannt: „In den meisten Ländern Europas muß die Gewalt der Bebel unserer Revolution sein: an die Gewalt wird man seinerzeit appelliren müssen, um endlich die Herrschaft der Arbeit zu etabliren. Die Revolution muß solidarisch sein, und wir finden ein großes Beispiel in der Kommune von Paris, die gefallen ist, weil in allen Hauptstädten, in Berlin, in Moskau u. s. w., nicht gleichzeitig eine große revolutionäre Bewegung ausgebrochen ist.“ In seinem „Manifest der kommunistischen Parteien“ sagt er: „Die Kommunisten erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltthätigen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern.“ Das Gleiche haben Liebnicht und Singer gewagt. Auf dem Genfer Kongress 1877 sagte Liebnicht: „Die Arme besteht schließlich aus Säbren des Volkes, die wir durch unsere revolutionäre Propaganda gewinnen. Wenn der Tag kommt, werden Gewehre und Kanonen von selbst sich

umdrehen, um die Feinde des sozialistischen Volkes niederzuschmettern.“ In einer seiner Schreien bemerkt Liebnicht: „Unser Streben ist ein revolutionäres. Revolution! Furchtbare Schreckbild für alle Welber belästeter Geschlechter. Ja, wir sind Revolutionäre. Wer mit dem Tode einen Pakt gemacht hat, dem ist der Sieg verbürgt. Blut und Eisen mag Zeitgenossen Angst einjagen, wir spotten der Frobungen und Gefahren.“ Und dem Abgeordneten Bebel selbst lassen sich mehr als eine Neujegung nachweisen, welche seine durch und durch revolutionäre Gesinnung bezeugt. Am Reichstage erklärte er einst in Bezug auf die Votumtholen der Pariser Kommune: „Das ist nur ein kleines Vorpostengefecht in dem Kriege, den das Proletariat gegen alle Kalüste führen wird.“ Im September 1893 sagte er in einer Versammlung der Wiener Sozialdemokraten: „Wenn das Proletariat gegen die herrschende Macht kämpfen will, so braucht es in erster Linie Waffen. Wo können wir denn die Waffen holen? Die Sozialdemokratie besteht heute noch nicht die Möglichkeit, die Bajonette in die Hand zu bekommen, darum muß sie trauchen, Irne zu gewinnen, welche die Bajonette zu tragen haben.“

Sobald diese Hoffnung der sozialdemokratischen Führer, daß im Falle der Revolution von der Arme kein ernstlicher Widerstand mehr zu erwarten ist, verwickelt sein würde, so würden sie sicherlich keinen Augenblick mehr zögern, von den Worten zur That überzugehen und die bestehende Ordnung mit blutiger Gewalt über den Haufen zu werfen. Es ist daher gewiß erfreulich, daß der preussische Kriegsminister die solchen Behauptungen Bebel's, daß seine Partei keine Gewaltthatigkeiten im Sinne habe, mit dem energischen Hinweis auf die ungeminderte Schlagfertigkeit des Secretes auch den inneren Gefahren gegenüber betont hat. Vor einem Jahre schienen die Bebel'schen Behauptungen auf Herrn Frontant v. Schellenbort noch insofern Grundrecht gemacht zu haben, als er gleichsam im Namen der Arme erklärte: Keiblos überlassen wir unbotmäßigen Röhelbanten der Polizei und der Feuerwehre. Heute befindet er sich in voller Uebereinstimmung mit den wiederholten unabweisenden Willensäußerungen des Kaisers, nach denen nur noch die Arme die von der Umstürzler drohenden Gefahren herabhalten kann. „Ach bin ein Feind jeder Frobung“, sagte der preussische Kriegsminister, „aber darüber besteht für mich kein Zweifel, daß, wenn die unbotmäßigen Waffen von der Polizei nicht mehr niedergebhalten werden können, wenn sie die Organe der Obrigkeit überwinden, dann die Ordnung hergestellt werden muß, dann die Arme berufen ist, dies prompt, rask und ohne Schnöde zu thun; und daß es dann mit nassen Colinderhüten abgehen wird, das glaube ich nicht, sondern es wird blutige Köpfe geben.“ Dieser freilich wäre es, wenn man es nicht so weit kommen ließe, daß nur noch die Arme die Sozialdemokratie niederzuwerfen vermöge, sondern wenn man rechtzeitig einer solchen blutigen Entscheidung vorzubeugen sucht, indem man den staatlichen Organen verlässliche Rachmittel gewährt, durch deren Anwendung der Ausbruch einer Revolution verhindert werden kann.

Vor 25 Jahren.

Versailles, 13. Dez. Blois ist von den diesseitigen Truppen heute besetzt worden.
Straßburg, 13. Dez. In Stralsburg gefangen genommen 52 Offiziere, 1839 Mann, und 65 Geschütze erbeutet.

Fernschreibe und Fernsprech-Berichte vom 12. Dezember.

Berlin, Reichstag. Die Beratung des Etats wird fortgesetzt. — Abg. Zimmermann (Reform.) verknüpft im Gegensatz zu Richter, die eigentliche Proverweuerung mit der Härte und bemängelt es, daß für das Handwer nicht geforge. Die Vorlage über die Handwerkerkammern bietet den Handwerkern eine leere Schüssel. In solchen gebe man den Handwerkern direkte Aufträge, hier dagegen werde man sich an indirekte Unternehmer. Und sollten überhaupt keine Staatsarbeiten erhalten; denn wenn das geschieht, was nötig dann den Handwerkern der billige Plus. Mehr als bisher müßte auch gegen die Auswärtigen des ausländischen Großhandels vorgehen, so gegen die mit Petroleum und Leber handelnden. Das neueste Vorgehen gegen die Sozialdemokratie ließe nur Wasser auf deren Mühlen. Redner beklagt ferner die Bestrebungen auf Verschlechterung des Wahlrechts. Mit solchen morchen Brettern seien die vorhandenen Abgründe nicht zu bedenken. Mit unierer Kolonialpolitik müßten wir, um überschüssige Händler los zu werden, über den Rahmen einer bloßen Kolonial-Spielerei hinausgehen. Reichthümlich ist zu wünschen, aber nicht Fesseln eines Rechts, welchem wie das vom Bürgerlichen Gesetzbuch gilt, von bedeutenden Kennern der deutsche Nationalcharakter abgeprochen wird. Wir wollen ein wahrhaft deutsches und gesundes Sozialrecht haben. — Abg. Quaymann (deutsche Volksp.): Das Bürgerliche Gesetzbuch hat die Tendenz, das richterliche Ermessen zu erweitern. Die Aufgabe der Budgetkommission wird es sein, die Spannung zwischen Matrifikularbeiträge und Ueberweisungen möglichst ganz zu beseitigen. Erleichterung könnte vornehmlich auch geschafft werden durch eine Konzentration der Anstalten. An den Ausgaben ist zu sparen, namentlich an den kolonialen. Solche Wirtschaftlichkeit in den Kolonien, wie sie die Fülle Reicht und v. Wehlan zeigen, müssen aufhören. Das man keine geringeren Leute dazu, so sollte man lieber ganz von der Kolonie lassen. Die Art und Weise, wie der Kriegsminister gegen die Sozialdemokraten sprach: „Niedertracht, Frechheit u. s. w.“ bedauern ich, in soichem Tone mag man wohl Verfall in Offizierskasinos erzielen, aber ich glaube, daß er das Niveau des Hauses hat der Kaiserin begradigt und dem guten Geschma des Hauses nicht entspricht. — Vizepräsident Spahn kann diese Wendung nicht als zulässig erachten. — Abg. Quaymann (fortfahrend): Ich glaube, daß man gerade an hoher und höchster Stelle in dieser Beziehung mit autem Beispiele voranzugehen sollte. Redner äußert weiter Bedenken über die russenfreundliche Politik Deutschlands in Ostasien und in der Türkei. Wie kurzichtig ist die Politik gegen die

Sozialdemokraten, welche glaubt, durch ein strafloses Ansehen solche Bewegungen überwinden zu können, welche ein Produkt sozialer und wirtschaftlicher Zustände sind. Die aus den Gefährnissen entlassenen Gemüthen würden empfangen, als ob sie einen Löwen mit Eisenband und Schwerten empfangen hätten. Weiter folgt: Welchen Eindruck muß es machen, wenn Einer, der die schwersten Verbrechen begangen hat, ungehindert in's Ausland gehen kann, während hingegen bei den Sozialdemokraten fast zu gegrienen wird. Die Parteizersplitterung ist nur die Folge einer unzureichend fortgeführten Regierungspolitik, dessen Programm kein Bredes ist. Will sie gewaltthätige Antrittelungen, wie die von 1787 vermeiden, dann läßt sie sich der Agitationen gegen das Wahlrecht, das einzige wehre Recht des Volkes, Weigerung kann nur kommen durch eine einseitige Agitation, welche sich auf eine liberale Partei stützt. Nicht ein einzelner Wähler darf herrschen, sondern herrschen soll der allgemeine nationale Wille. — Staatssekretär v. Maricholl: Der Vordredner hat ein schonungsloses Urtheil über den Vizepräsidenten v. Wehlan gefällt, obwohl diesen die Richter noch nicht für schuldig erklärt haben. Wie ist dies möglich aus dem Munde eines Rechtskundigen? Ich kann in einem solchen Angriffe nur einen noch nicht Verurteilten seine Gerechtigkeit erblicken. Ich darf das unumkehrbar aussprechen, als ich selbst die Aufage gegen Wehlan erhoben habe. — Justizminister Schönstedt: Der Kaufmann hat von den Tendenzprozessen gesprochen und aus den Worten des Reichstanzlers entnehmen, welche billige sie. Eine straflose Handhabung der Gesetze, wie sie vom Reichstanzler angekündigt wurde, ist doch nicht gleichbedeutend mit tendenziöser Rechtverweigerung. Der Vordredner hat auf die bedeutende Zunahme der Wahlfalschbegleichungsprozesse hingewiesen. Die selben werden von Niemand lebhafter bebauert, als von Staatsanwälten und Richtern selbst. (Lachen links.) Aber die Prozesse kommen doch nur her von den vielen Wahlfalschbegleichungen, wie sie in der letzten Zeit in der sozialdemokratischen Presse vorgekommen sind. Entsetzen sie sich der Entrüstung der patriotischen Gemüther über die Art, wie in letzter Zeit in jener Presse über unferne nationalen Fernschreibe gefahren worden ist. Die „Germania“ antwortete erst jüngst dem „Vorwärts“: In Frankreich würde so etwas nicht geschrieben werden, ohne die Gefahr einer Kundschäft. Eine Kundschäft wollen wir nicht haben, wir werden ein durch hartes Vorgehen. Wenn Sie das dann durchaus Tendenzprozess nennen wollen, nun ich glaube, die Wahrheit des Volkes wird darin eine richtige Tendenz finden. (Beifall links. Zurufe: dolus eventualis!) Sie wissen: Dolus eventualis! Dolus eventualis ist gar kein neu erfundener Begriff, er ist die logische Notwendigkeit aus der Natur der Dinge. Wenn vielleicht Einem ein dolus eventualis, eine ansehbare Auslegung gegeben wird, so bedauern ich das. Eine Wahlfalschbegleichung kann unüberlegt sein; es ist wünschenswerth, daß eine solche nicht immer gleich zur Kenntnis der Behörden gebracht wird. Geht dies, so müssen die Behörden natürlich von antworten einschreiten. In wie vielen solchen Fällen aber von dem Wahlfalschbegleichungs Gebrauch gemacht wurde, davon haben Sie keine Ahnung. Die vielen Wahlfalschbegleichungen, wie sie unbeding in der sozialdemokratischen Presse vorgekommen sind, waren nicht unüberlegt, sondern sorgfältig abgewogen. Es lag ihnen die Pflicht zu Grunde, das Ansehen der Monarchie und der Reichsanstalten zu untergraben, ihre Gesetze zu verhillen, und die Wahl des Ausdrucks geschah nur so, daß es den Staatsanwälten idamer sein sollte, einschreiten. In solchen Fällen erdacht die Pflicht, genau zu prüfen, inwiefern die Absicht der Wahlfalschbegleichung erkennbar ist. Ich wiederhole: Sie haben keine Tendenz-Kundschäft in Deutschland! (Liedrecht: Das glauben Sie ja selber nicht!) Die Behörden werden auch fernher stets ihre Pflicht thun. (Beifall.) — Vizepräsident Spahn erklärt den Zwischenruf Liebnicht's für unrichtig. — Abg. Leuzcher (Reichsp.): Bezüglich der gestrigen Wünsche des Abg. Vorth kann die Forderung der Silberwährung und der Schutz der nationalen Arbeit durch die Regierung nicht bringend genug gefordert werden. — Abg. Bebel (soz.): Der Reichstanzler erklärte ausdrücklich, daß gegenüber der Sozialdemokratie die Regel straflos angenommen werden sollen. Das unterbleibende Moment liegt darin, ob ein Angeklagter Sozialdemokrat ist oder nicht. Der Justizminister bebauert die Zunahme der Wahlfalschbegleichungen, ja, weiß er denn die Beweisthaten dazu nicht? (Rufe: Unverschämtheit!) Wer mir das zumißt, ist selbst unverschämmt. — Der Präsident rügt den Ausbruch „unverschämmt“. Abg. Bebel fortjahrend: Kennen Sie das seinen Tendenzprozess, wenn wegen seiner politischen Vorgehen die Untersuchungshaft verhängt wird, während man einem Herrn v. Hammerstein Zeit lößt, zu entkommen? Bei unferem Antrage auf Aufhebung des Wahlfalschbegleichungsparagraphe werden wir hoffentlich auch auf der rechten Seite des Hauses Entgegenkommen finden, denn wir sind von befreundeter Seite Mittheilungen gemacht worden, wonach hohe Herren brieflich die schönsten Wahlfalschbegleichungen verbilligen haben. (Rufe: Herans damit!) Fortluna verweilt ich nur auf die „Veis, Neues, Nach“, welche das anscheinlich befristet haben. — Justizminister Schönstedt: Der Versuch, die Verkennung der sozialdemokratischen Presse als Anwer gegen die von hoher Stelle geäußerten Verurteilungen darzustellen, ist unzulässig. Jene Verurteilungen stellen erst nach dem Austritt der sozialdemokratischen Presse. Was die Angelegenheit Kammerstein anbelangt, so hat die Staatsanwaltschaft ihre volle Schuldigkeit getan. Kammerstein hatte gegen die Beschuldigung die Verleumdungsfrage angestrengt, außerdem hatten seine Auftraggeber öffentlich erklärt, nicht geschädigt zu sein. Als später der wahre Sachverhalt bekannt wurde, ist auch sofort seitens der Behörden eingeschritten worden. — Abg. Frhr. v. Stumm: Die Sozialdemokratie ist die geborene Wahlfalschbegleichung (Liedrecht und Beifall). Die Sozialdemokraten befürchten offen, daß sie die Revolution vorbereiten und verlangen, daß wir sie dabei nicht stören. Sie haben gar kein Recht, sich auf unsere Gesetze zu berufen, die sie selbst beklammern und missachten. Alle Wahlfalschbegleichungen im Lande werden es Herrn v. Köller Dank wissen, daß er die schärfere Tonart gegen die Sozialdemokratie anschlug. (Beifall rechts.) — Reichstanzler führt Hohenlobe: Den Anführungen in meiner Rede, daß die Sozialdemokraten das Vaterland als einen reaktionären Begriff betrachten, lag zu Grunde eine Rede des Abg. Liebnicht, die er am 22. Oktober 1871 gehalten und die unter dem Titel: „Zum Schutz und Trutz“ als Broschüre erschienen ist. Es heißt dort: „Das Wort „Vaterland“ läßt uns keinen Zauber aus, für uns ist es ein überwundener Standpunkt, ein reaktionärer kulturfeindlicher Begriff“ (Hört, hört). Wenn dann gesagt worden ist, meine Rede sei durch Herrn v. Karboos beanlagt worden, so trifft das nicht zu. In meiner ganzen Rede sollte dargestellt werden, daß die schärfere Bestrafung der Ausschreitungen nöthig war, und nicht

Spinn's (rechtes) Gindermild, Zenden (linkes) Gindermild, Gabe, Spinn's, Bachstr. 79.